

Evangelische Verantwortung

Herausgeber: Gerhard Schröder - Werner Dollinger - Wilhelm Hahn
Gerhard Stoltenberg - Walter Strauß

NACH DER WAHL

Gerhard Schröder
Vorsitzender des Evangelischen
Arbeitskreises der CDU/CSU

Die CDU/CSU hat in den Bundestagswahlen 1969 ihre Position als stärkste Partei in der Bundesrepublik Deutschland behauptet - in einem Wahlkampf, der für sie unter ungünstigeren Bedingungen als in der Vergangenheit stattfand. Die eigene Wahlstrategie konnte zudem nicht in allem als die bestmögliche angesehen werden. Der evangelische Bevölkerungsteil hat gleichwohl auch in diesem Jahr wieder in überzeugender Weise die CDU/CSU unterstützt. Mit Befriedigung ist die Niederlage der extremistischen politischen Gruppierungen als Beweis der Reife und der Festigkeit des demokratischen Gedankens in unserem Land festzustellen.

Die SPD hat auch in diesen Wahlen zugenommen, etwa in dem gleichen Umfang wie in den Wahlen 1965. Der SPD ist somit eine Verbreiterung ihrer politischen Basis gelungen. Aber auch für 1969 gilt: die CDU/CSU

ist die stärkste politische Kraft in unserem Land. Sie wird ihr Gewicht - ob in der Regierung oder in der Opposition - als führende politische Kraft unseres Landes und in Übereinstimmung mit dem Willen eines großen Teiles unserer Bevölkerung so einsetzen müssen, daß die klaren Konturen einer zielbewußten auf Frieden und Freiheit gerichteten Politik unzweideutig bestehen bleiben und nicht verwischt werden. Die Wahlergebnisse müssen im einzelnen analysiert werden. Auch die CDU wird daraus Konsequenzen zu ziehen haben - in personeller und in sachlicher Hinsicht.

Die CDU ist immer eine in allen Schichten und Bereichen unseres Landes verankerte Partei gewesen und muß dies auch in Zukunft bleiben. Sie muß

Nr. 10/11

7. November 1969

AUS DEM INHALT

Nach der Wahl	1
Selbstbewußtsein und Reformwille in der CDU ungebrochen Bruno Heck	2
Die CDU und der Fortschritt Eberhard Stammler	4
Zur Weiterentwicklung bildungspolitischer Leitsätze Klaus Goebel	5
Die CDU und die junge Generation Eberhard Amelung	7
Leserbriefe	9
Evangelische Abgeordnete der CDU/CSU im 6. Deutschen Bundestag	12
Kurz notiert	15

dort, wo sie Einbußen erlitten hat, wieder Fuß fassen. Ich denke an die großen Städte und an die großen Ballungsräume in unserem Land. Diese Aufgabe verdient im Interesse unserer Politik Vorrangigkeit.

Im Blick auf unsere gesamtpolitische Lage wird die CDU ihre Aufmerksamkeit vor allem auf folgende Probleme lenken müssen:

1. Gesellschaftspolitische Fragen - insbesondere Vermögensbildung und Modernisierung des Betriebsverfassungsgesetzes
2. Kultur/Bildungs/Wirtschaftspolitik
3. Europa-Politik
Die europäische Politik benötigt neue Impulse, um mit einer genügend vorausschauenden Gesamtvorstellung an die aktuellen Fragen (Beitrittsfragen und Agrarmarkt) herangehen zu können.
4. Es ist durchaus möglich, daß erhöhte Anforderungen der Sozial- und Bildungspolitik zu einer Situation führen, in der es einen Druck gibt, den für die Sicherheit vorgesehenen Aufwendungen Kürzungen aufzuerlegen. Die CDU/CSU wird im Interesse des Friedens und der Freiheit für unser Land dieser Entwicklung besondere Bedeutung beimessen müssen.

Es wird auch die Frage zu bejahen sein, ob die Zeit gekommen ist, Organisation, Führung und Selbstdarstellung der CDU/CSU einer gründlichen Prüfung zu unterziehen. Das Ziel dieser Überprüfung muß es sein, die CDU für die kommenden Auseinandersetzungen richtig zu gestalten und dafür vorzubereiten. Die CDU/CSU hat große und in ihren Wirkungen weitreichende Aufgaben vor sich, mehr noch als je zuvor. Wir müssen alle Kräfte anspannen und uns für die Bewältigung dieser Aufgaben einsetzen. Politik wird von Menschen für Menschen gemacht. Sorgen wir dafür, daß die Zahl der Mitarbeiter wächst und wächst!

SELBSTBEWUSSTSEIN UND REFORMWILLE IN DER CDU UNGEBROCHEN

Bruno Heck

Unter denen, die der CDU jetzt teilnahmsvoll die Chance einer Regeneration in der Opposition wünschen, sind sicher auch einige, die schon bisher als Freunde der Union bekannt waren. Andere reden so leichtthin und von oben herab, als ob die CDU in 20 Jahren Regierungsverantwortung eine alte Tante geworden wäre. Die Union hat in diesen 20 Jahren, die gekennzeichnet sind durch den Wiederaufbau unseres Landes und seiner Versöhnung mit der Welt, soweit die Welt dazu bereit gewesen ist, ihre Chance mit einer großen Leistung wahrgenommen.

In fünf Legislaturperioden ist eine CDU, die sich anzupassen mußte

an die sich schnell entwickelnde Welt und an deren sich ändernde Verhältnisse, die beherrschende Kraft in Bonn gewesen. Sie wird es auch im 6. Bundestag sein, einer Koalition des Zweiten mit dem Dritten zum Trotz. Unsere Partei ist nicht durch die Macht zusammengehalten worden, wie gelegentlich irrtümlich geäußert wurde, sondern durch die gemeinsame politische Überzeugung. Diese Überzeugung werden wir auch künftighin - so oder so - tatkräftig und entschieden zu gestalten wissen.

Mit dieser Bundestagswahl hat sich außerhalb und innerhalb des Parlaments erneut ein Generationswechsel vollzogen. Er würde in einer von uns geführten Regierung zum Ausdruck kommen. Die Opposition bietet nicht weniger Chancen, ihn deutlich zu machen. Es kann nicht übersehen werden, daß sich die jüngeren Kandidaten in den Wahlkreisen vielfach besser behaupteten, als es mancher bewährter Kraft aus den Aufbaujahren möglich war. Der vorige Bundestag brachte eine Garde junger Abgeordneter ins Parlament, die sich vier Jahre lang in verschiedenen Positionen bewähren konnten. Sie bilden nun zusammen mit denen, die diesmal nachgerückt sind, ein großes Reservoir an Ideen, Energie und Fähigkeiten, das ausgeschöpft werden muß. Die junge Generation steht in unseren Reihen kräftig und zur Verantwortung bereit.

Wir haben keine Niederlage zu verkraften, aber wir müssen vielleicht mit einem gestohlenen Sieg fertig werden. Das ist möglicherweise nicht einfacher; es muß und wird Veränderungen geben, in der Bundespartei, in den Landesverbänden und in der kommunalen Arbeit. Aber diese Veränderungen dürfen nicht aus Resignation erfolgen, zu der kein Anlaß besteht, sondern aus einer nüchternen Einschätzung der Lage. In allen Ländern der Welt gilt die Partei mit der höchsten Stimmenzahl als Wahlsieger, diejenige, die diese Mehrheit anstrebte, aber nicht erreichte, als Verlierer. So sollten wir es auch für uns gelten lassen.

Eine Koalition zwischen SPD und FDP ist eine Koalition zwischen zweien, von denen der eine sein Ziel nicht erreicht, der andere aber katastrophal verloren hat - eine Koalition, nicht in erster Linie für eine gemeinsame Politik, sondern im wesentlichen ein Bündnis gegen uns. Ein solches Bündnis muß scheitern.

Die CDU kann dieses Scheitern beschleunigen, wenn sie ihr Selbstbewußtsein an ihrer in den Wahlen bewiesenen Stärke ausrichtet, wenn sie einig bleibt und sich so in der Sache zusammenfindet, wie es bei der Erarbeitung des Berliner Programms der Fall war. Damals haben wir bewiesen, daß wir nicht nur die größte, sondern auch die modernste Partei Deutschlands sind.

Nicht das glatte Funktionieren an der Spitze, sondern die offene Aussprache auf allen Ebenen der Partei mit der Bevölkerung ist für die Arbeit einer Volkspartei entscheidend. Diesen Weg müssen wir konsequent fortsetzen und uns unserer Verantwortung für Deutschland bewußt bleiben, die uns auch in der Opposition niemand abnimmt - dann wird uns der Erfolg treu bleiben.

DIE CDU UND DER FORTSCHRITT

Eberhard Stammler

In früheren Generationen schieden sich am Fortschritt die Geister in zwei scharf getrennte politische Lager: Die "Fortschritts"-Parteien standen gegen die konservativen, und zwischen beiden lag ein tiefer Graben. Heute dagegen kann es sich keine Partei mehr leisten, auf die Fahne des Fortschritts zu verzichten, und jede sieht sich genötigt, die Zukunft in ihr Programm und in ihren Wahlkampf aufzunehmen. Dennoch sind auch gegenwärtig jene Gegensätze noch nicht ganz aufgehoben, und wohl nicht ohne Grund wird der CDU unterstellt, daß in ihr das konservative Erbe eine besondere Reserviertheit gegen fortschrittliches Denken bewirke. Damit hängt es wohl auch zusammen, daß sich ihr Wählerpotential vornehmlich auf jene Schichten stützt, die mehr der Vergangenheit verhaftet sind. Falls sie allerdings für den jüngeren und dynamischeren Wählertyp eine neue Anziehungskraft gewinnen will, wird sie auch ihr Verhältnis zum Fortschritt überprüfen müssen.

Wenn von konservativer Denkweise die Rede ist, hat man gerne eine Mentalität im Auge, die dem Fortschritt mit Mißtrauen und Mißmut begegnet und seine Früchte als "Verfallserscheinungen" beklagt. Die Moderne ist für sie der Feind des Guten und der Zerstörer der echten Werte, und ihr Gegenbild ist die "gesunde Ordnung", in der Gott und Mensch, Kultur und Natur in edler Harmonie aufeinander gestimmt sind. Für dieses konservative Denken steht die Zivilisation immer schon im Geruch der Dekadenz und der Degeneration, während sich die von ihr gepriesene "gesunde" Kultur über diese Niederungen erhebt. So träumt sie sich gerne in eine Welt zurück, in der noch eherne Wertsysteme und solide Standesordnungen herrschten, und wenn sie die Gegenwart daran mißt, entdeckt sie nur Abfall und Verlust und verfällt damit selbst in Resignation.

Der Gegenpol ist nun eine Fortschrittsgläubigkeit, die allerdings auch schon von der Wirklichkeit überholt ist. Vor allem das letzte Jahrhundert hatte sich dem magischen Glauben hingegeben, daß der stürmische Fortschritt der Wissenschaft letztlich alle Mißstände überwinden und allemenschliche Not aufheben könne. Man gab sich der optimistischen Vorstellung hin, daß jeder Schritt nach vorn ein Erfolg der Vernunft sei und daß jeder Fortschritt der Vernunft notwendigerweise das Glück der Menschheit zum Ziel haben würde. Aber schon einer der Väter der Aufklärung, Jean Jacques Rousseau, hat ja ernüchternd festgestellt: "Es gibt im Menschengeschlecht keinen wahren Fortschritt der Vernunft, weil alles, was auf der einen Seite als Gewinn angesehen werden kann, durch Verluste auf der anderen Seite wieder aufgehoben wird." Diese Verluste hat uns dieses Jahrhundert mit solcher Eindringlichkeit vor Augen geführt, daß es jedenfalls jenen hemmungslosen Optimismus der Fortschrittsseligkeit gründlich widerlegt hat. Gerade der neue Zweig der "Zukunftswissenschaft" gibt ein besonders eindrückliches Bild von den möglichen Rückschlägen des Fortschritts; sie zielt vor allem auf die Frage,

was eigentlich vom Menschen, seiner Würde und seiner Freiheit übrig bleibt.

So orientieren sich heute die ernst zu nehmenden Fronten nicht mehr in der Entscheidung für oder gegen den Fortschritt, sondern wenn von Alternativen die Rede sein kann, dann liegen sie in der Frage nach dem Bild des Menschen in der kommenden Gesellschaft. Wie kann seine Freiheit gerettet und gesichert werden, wie läßt sich seine Verantwortlichkeit und seine Mündigkeit in der technischen Apparatgesellschaft erhalten? Hier dürfte der Schwerpunkt aller verantwortlichen Überlegungen und Planungen liegen, und damit ist nicht nur die Wissenschaft, sondern mehr noch die Politik herausgefordert.

Wenn die CDU in diesem Ringen eine überzeugende Aufgabe übernehmen will, müßte sie sich entschieden von jenem Ballast trennen, der sie immer noch auf die Leit- und Wunschbilder vergangener Geschichtsepochen zurückdrängen möchte, zumal sich darin häufig nichts als provinzielles Denken oder ängstliche Trägheit verbirgt. Wenn sie das "C" nochmal ernst nehmen wollte, dann kann es nicht dazu dienen, die Vergangenheit zu rechtfertigen oder zu verklären, sondern sich für die Zukunft offenzuhalten und mutig ihre Herausforderungen anzunehmen. Aus diesem Freimut heraus könnte eine fortschrittlich CDU dem trügerischen Fortschrittsglauben entgegentreten und zugleich einer sinnvollen Zukunftshoffnung dienen. Wenn sie die 70er Jahre gewinnen will, muß sie für die 80er Jahr vorausplanen, und wenn sie die junge Generation überzeugen möchte, hat sie deren Zukunftserwartungen ins Auge zu fassen. So wird es darauf ankommen, daß sie den Sprung nach vorn wagt und daß sie in dieser Perspektive konstruktive, politische Antworten auf die Frage findet, wie der Mensch in der Welt von morgen menschenwürdig leben kann. In diesem Bemühen sollte sie sich von niemand - weder von rechts noch von links - überflügeln lassen, denn hier hat sie ein Mandat, daß sich aus der Geschichte ihres Anfangs eindrücklich begründen läßt.

ZUR WEITERENTWICKLUNG BILDUNGSPOLITISCHER LEITSÄTZE

Klaus Goebel

Zum erstenmal in ihrer Geschichte hat die CDU eine gemeinsame Grundlage für die Schul- und Bildungspolitik geschaffen. Freilich wurden diese "Leitsätze" zur "Schule und Hochschule von morgen" nicht intensiv in allen Parteigliederungen diskutiert wie das Berliner Programm. Sie wurden auch nicht durch einen Parteitag verabschiedet, sondern durch den Bundesausschuß als CDU-Thesen legitimiert. Daß jedoch auf einem Gebiet, das bisher die Landesparteien als ur-eigene Domäne ansahen, eine bundesweite Einigung zustandekam, wirkt ermutigend. Es ermuntert alle, die oft darüber verzweifeln möchten, wie schwer sich Initiativen auf Bundesebene angesichts des fehlen-

den kulturpolitischen Mandats des Bundes oft tun. In solcher Verzweiflung griff der Berliner Parteitag zur Forderung nach einem Bundeskultusministerium - nach Lage der Gesetzesdinge wohl kaum die augenblicklich realisierbare Lösung. Endziel sollte und müßte allerdings eine Bundeskompetenz sein, die einem weiterentwickelten, unserer Zeit entsprechenden Förderalismus entspricht.

In drei durchaus nicht brav und farblos ablaufenden Tagungen zu Deidesheim ("Deidesheimer Thesen"), Bad Godesberg (Kongreß) und Bonn (Bundesausschuß) samt einer Ergänzungsrunde zur Hochschulreform wurde ein Saft kredenzt, der vielen CDU-Kulturpolitikern bisher ungenießbar schien. Das heißt, es wurde eine Plattform gebaut, die bisher als unerreichbar galt: eine allgemein gebilligte Parteiverlautbarung zur Schulpolitik der CDU zwischen Nordsee und Main.

An dieser Stelle kann das gesamte Programm nicht entfaltet werden. Festgehalten werden soll, daß die besonders von evangelischen Unionspolitikern seit Jahren ausgesprochene Erwartung nach Entideologisierung der Bildungspolitik hier der Verwirklichung nähergebracht wurde. Daß für die Schule das Zweckmäßigste und Sachgerechteste gerade gut genug ist, daß das zukunftssträchtige Neue mit bestimmten Bildungsgütern und -formen von heute und gestern zu verbinden ist, gehört zu der in den Leitsätzen sichtbar werdenden Basis.

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland hat 1958 den evangelischen Politikern in der Schulfrage in gutes Gewissen gegeben, auf klerikale Kategorien in der Schule zu verzichten. Dem Kritiker stellt sich die Frage, warum die Autoren des CDU-Programms nur so zaghaft progressive Kategorien angepeilt haben. Wieso wird die Präferenz gegenwärtiger Bildungsstrukturen, beispielsweise die gegliederte Schule, so einseitig, wenn nicht gar rechthaberisch, betont? In der Präambel werden Chancengleichheit im Zugang zu Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen und die Hebung des Bildungswillens in allen Volksschichten gefordert. Der Schlußabschnitt "Allgemeine Reformen" redet ebenso wie andere Abschnitte der inneren und äußeren Reform das Wort. Konkret tauchen in den Leitsätzen Möglichkeiten, die sich durch Veränderungen ergeben, jedoch kaum auf. Die Gesamtschule additiver oder integrierter Natur, die sich im Stadium des Experiments befindet und fairerweise als der bedeutendste Versuch im allgemeinbildenden Schulwesen angesprochen werden muß, wird nicht einmal dem Namen nach erwähnt. Angesichts der vom Deutschen Bildungsrat am 31. 1. 1969 verabschiedeten Empfehlungen zur "Errichtung von Schulversuchen mit Gesamtschulen" haben sich derzeit Länder und Kommunen einschließlich ihrer CDU-Fraktionen und CDU-Schulexperten mit diesen Versuchen zu befassen. Von der Bundes-CDU ist kein hilfreiches Wort zu hören. Zurückhaltung, Distanz oder was steckt dahinter? Solange Leitsätze nicht Handhaben täglicher Politik sind, fehlt es ihnen an Überzeugungskraft. CDU-Landtagsfraktionen und CDU-Ratsherren treffen also weiter Entscheidungen, die fortschrittlich oder rückschrittlich sein mögen, auf keinen Fall aber einer bundeseinheitlichen CDU-Konzeption entsprechen.

Es wäre ungerecht, die Leitsätze nicht als einen Schritt nach vorn anzusehen. Es gibt, möchten wir sagen, jedoch noch weitere Schritte zu tun. Die Leitsätze sind weiterzuentwickeln.

DIE CDU UND DIE JUNGE GENERATION

Eberhard Amelung

Bei der nächsten Bundestagswahl im Jahre 1973 wird das Wahlalter voraussichtlich auf 18 Jahre herabgesetzt sein. Es werden dann sieben neue Geburtsjahrgänge, die alle sehr stark sind, ihre Stimme abgeben und wesentlich zur Wahlentscheidung mitbeitragen. Diejenigen Parteien werden als Sieger aus der Wahl 1973 hervorgehen, denen es gelingt, die heute 14 - 20jährigen für sich zu gewinnen.

Diese kurze Überlegung kann zeigen, wie wesentlich das Verhältnis der CDU zur jungen Generation für ihre eigene Zukunft und die Zukunft unseres Landes ist. Vor einigen Jahren noch konnte sich die CDU rühmen, die politisch interessierte Jugend weitgehend unter ihren Anhängern zu wissen. Sie konnte die Jungwähler ihrem Wählerpotential zurechnen und ihr Anspruch, eine fortschrittliche und moderne Partei zu sein, von dieser Tatsache her mitbegründen. Es war die Zeit, als die SPD das Image eines verknöcherten, negativistischen Funktionärskorps trug, das nicht mir seiner Vergangenheit ins reine gekommen war und die Tragik der Weimarer Republik auch noch in den fünfziger Jahren symbolisierte. Schritt für Schritt gelang es der SPD aber, sich von diesem Image zu lösen, eine ideologische Neubesinnung durchzuführen und den Wandel auch personell sichtbar werden zu lassen. Politisch wesentlich war dabei, daß sich diese Neuorientierung vollzog, ohne daß die Stammwählerschaft verlorenging. Andererseits hat die Fähigkeit zur Wandlung der Partei gewisse Sympathien bei der Jugend eingetragen, die sich zwar nicht in Mitgliederzahlen, aber doch in Wählerstimmen ausprägte.

Die CDU ist in den Augen der Jugend zu einer Partei der älteren Generation geworden, eine Ansicht übrigens, die sich wahlstatistisch belegen läßt. Zwei Elemente haben dazu vor allen Dingen beigetragen. Das erste ist die enge Verflechtung der Partei mit dem Staat und ihr durchgängiges Auftreten als Staatspartei. Das Bewußtsein des zwanzigjährigen Erfolgs, die mangelnde Distanz zur eigenen Sache und die Verketterung der Kritik und der Kritiker, wie sie sich nicht nur im Wahlkampf zeigten, hat die Jugend abgestoßen.

Das zweite Element ist der Nachdruck auf dem Phänomen der Sicherheit, der sich nicht nur von Wahljahr zu Wahljahr steigerte, sondern sich auch als roter Faden durch fast alle politischen Aussagen zog. "Sicherheit" aber ist das Stichwort, das positive Assoziationen nur noch bei all denen hervorruft, die im Unterbewußten

von den Erlebnissen der Kriegs- und Nachkriegszeit bestimmt sind. Die Nachkriegsgeneration nimmt die Sicherheit als selbstverständlich hin. Sie deshalb als undankbar oder oberflächlich zu schelten, wie es vielfach geschieht, ist moralisch fragwürdig und politisch sinnlos, weil sich geschichtliche Erfahrungen nicht vermitteln lassen. Die Jugend sieht in dem Begriff der Sicherheit aber zugleich eine Verklärung der gegenwärtigen politischen und sozialen Zustände, die sie ihrerseits für - vorsichtig gesagt - nicht vollkommen hält. Der Unterschied der Jugend zur älteren Generation läßt sich abgekürzt dahingehend formulieren: Die Jugend will nicht Sicherheit sondern Frieden, während die ältere Generation Sicherheit und Frieden möchte. Die Jugend formuliert aber einen Gegensatz zwischen den beiden Begriffen und hat dabei ein gutes Gespür dafür, daß im Begriff des Friedens eine Herausforderung, im Begriff der Sicherheit aber die Tendenz zur Beruhigung steckt.

Die verschiedene Akzentuierung, die hier vorliegt, wird deutlich, wenn man die beiden wesentlichen Wahlparolen der CDU nebeneinanderstellt: "Sicher in die 70er Jahre" und "Auf den Kanzler kommt es an". Sie bedeuten nichts anderes, als daß der Kanzler der Garant zukünftiger Sicherheit ist und der einzelne Staatsbürger ihm vertrauen soll. Gerade diese Tendenzen aber lehnt die Jugend ab. Sie will herausgefordert, aber nicht zum Vertrauen aufgerufen sein. Diesen Wunsch hat die CDU in den letzten Jahren meist moralistisch mißinterpretiert und daher nicht verstanden. Wäre es anders, dann hätte sie wohl das Entwicklungsministerium nicht seit seinem Bestehen als politisch unbedeutend den Koalitionspartnern überlassen.

Wenn es der CDU in den nächsten Jahren nicht gelingt, die vielfältig gegebenen Denksätze für die Gestaltung der Zukunft aufzunehmen und sich von ihnen in ihrem Programm, ihrem Selbstverständnis und ihrem politischen Stil prägen zu lassen, wird sie die Jugend in der Zukunft nicht zu ihren Wählern rechnen können. Sie wird das Problem der Beziehung zur Jugend aber auch organisatorisch angehen müssen. Sie kann die Jugendarbeit nicht allein der Jungen Union überlassen, sondern muß sie zu einem eigenen Aufgabengebiet des Präsidiums und des Vorstandes machen. Die Junge Union hat aus mancherlei Gründen, die hier nicht zu analysieren sind, versagt. Sie hat weder der Partei irgendwelche wesentlichen Impulse vermittelt, noch die Jugend angesprochen. Sie ist ein unbedeutender Verein zur Erziehung politischer Manager geworden. Sie hat zwar hin und wieder der Partei gegenüber eine kritische Funktion wahrgenommen, sie war der Partei aber konzeptionell nie voraus.

Die CDU darf nicht auf eine Reform der Jungen Union warten, sondern muß so schnell wie möglich die organisatorischen Konsequenzen aus der gegenwärtigen Misere ziehen. Nur wenn es ihr in den nächsten Jahren gelingt, im Blick auf die Jugend einen großen Schritt vorwärtszukommen, kann sie hoffen, in den siebziger Jahren wieder zur tragenden politischen Kraft in unserem Staat zu werden.

ZUM THEMA "EIN PLÄDOYER FÜR DAS 'C'" ++)

"Der Wahlkampf ist vorüber und so stellt sich - wahrscheinlich nicht nur mir - wieder einmal die Frage nach Sinn und Berechtigung des "C" im Namen der CDU. Es war, soweit ich ihn habe verfolgen können, der erste Wahlkampf seit 1949 gewesen, in dem von den drei im Bundestag vertretenen Parteien ihre jeweiligen Auseinandersetzungen über die Fragen praktischer Politik in den kommenden Jahren mit rein politischen Argumenten geführt worden sind. Das bedeutet m.E. eine unverkennbare Hinwendung zu einer unvermeidbaren pragmatischen Komponente politisch-verantwortlichen Bewußtseins. Blendet man bei solchen Überlegungen zurück auf die Situation in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre, so scheint ein Vergleich kaum möglich.

Zwölf Jahre Nationalsozialismus, das furchtbare Ende des zweiten Weltkrieges und die Gefahr einer brutalen Einbeziehung in einen leninistisch-marxistischen Machtbereich stellten uns als Volk und als einzelne vor die Frage nach dem Ob und Wie eines Überlebens. Die Männer und Frauen, die in dieser Situation die CDU gründeten oder ihr als Mitglieder beitraten, taten das schlicht aus dem Bewußtsein letzter christlicher Verantwortung für diese Welt und für das eigene Volk und seine staatliche Existenz. Es war der Ruf nach "christlicher" Politik nach den Erfahrungen mit politischen Ideologien. Aber je länger und je erfolgreicher der junge demokratische Staat Gestalt gewann, um so klarer mußte sich herausstellen, daß auch er, um mit Luther zu sprechen, nur "Notordnung Gottes" aber kein "christlicher" Staat sein konnte, und daß es darum auch keine christliche Politik und keine christliche Partei geben konnte. Politische Entscheidungen müssen in bestimmten konkreten Situationen gefällt werden und unterliegen der Notwendigkeit pragmatischer Zweifeltigkeit. Das böse Wort "man sagt Christus, und man meint Kattun" ist sehr viel älter als die CDU. Also soll man den Mut haben aus all dem die Konsequenz zu ziehen und das "C" zu streichen? Die Frage stellt sich m.E. genauso den beiden anderen "demokratischen" Parteien bei der kritischen Besinnung auf ihre Interpretation des "Demokratischen" durch "sozial" und "frei"! Auch hier werden die vierziger Jahre sichtbar, als die SPD sich durch die Betonung des "Sozial"-Demokratischen klar absichern wollte gegen kommunistisch-sozialistische Vorstellungen. Ähnlich erklärt sich das "frei" bei der FDP m.E. als Absage an alle restaurativ-konservativen Unterwanderungen einer stets labilen demokratischen Staatsform. Aber gilt beides auch heute noch? Glaubt man ehrlich nach zwanzig Jahren Bundesrepublik noch an solche besonderen Aufgaben einer Partei? Sind nicht "christliche" Verantwortung, jenseits alles Dogmatischen, soziale Verpflichtung und echte Toleranz gemeinsame Verpflichtung des Grundgesetzes? Und würde nicht jede politische Radikalisierung eines der

+) Die hier wiedergegebenen Ansichten brauchen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion übereinzustimmen.

++) Siehe "Evangelische Verantwortung" Nr. 8 Seite 9/10

drei besonderen "Parteibekennnisse" eine gemeinsame Front aller drei demokratischen Parteien herausfordern? Die Gefahren für unsere staatliche und darüber hinaus für unsere eigentlich menschlich-persönliche Existenz liegen heute in ganz anderen Richtungen: politisch - staatlich und gesellschaftlich in einem substanzlosen, selbstzerstörerischen Anarchismus und menschlich in einer unmenschlichen, nur auf den Anreiz und die Befriedigung materieller Bedürfnisse ausgerichteten Konsumgesellschaft wie - vielleicht noch ernster - in einer Experimentier- und Forschungsleidenschaft ohne allgemeine Einordnung ihrer technischen Verwertung in bejahte Verantwortung für unsere Welt und ihre Menschen. In dieser Situation brauchen wir den Anruf an das Humanum, und es ist m.E. gleichgültig, aus welcher Richtung er kommt und ob er schon heute eine Wirkung erwartet. Das Entscheidende ist, dass er nicht verstummt und glaubhaft vertreten wird. In diesem Verständnis, als glaubhaft gelebter Anruf sollte das "C" vorerst stehen - trotz aller und gegen alle berechtigten Bedenken und Einwände!"

Dr. Else Brökelschen
Goslar

"Hier ist nun von der "Herausforderung durch das C" die Rede und etwas später wird dargelegt, dass Wörter wie Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit im politischen Bereich zu Leerformeln geworden seien. Ich meine, dass es mit dem Wort "christlich" nicht anders ist. Die daran Anstoss nehmen, kommen doch wohl von weit links, und den meisten von ihnen wird es dabei wohl nur darauf ankommen, der CDU etwas am Zeug zu flicken; diejenigen, denen das "christlich" im Namen einer politischen Partei ein ernst zu nehmendes Ärgernis ist, werden wohl eine kleine Minderheit bilden. Ich selbst, der politischen Grundkonzeption der CDU zustimmend, nehme keinen Anstoss am "C". Wenn ich trotzdem einer Änderung des Parteinamens das Wort reden möchte, ist der Hauptgrund der, dass alle ernst zu nehmenden Parteien der Bundesrepublik aus Christen bestehen, zumindest nach ihren Programmen, aber auch insofern, als in keiner von diesen Parteien das "christlich" expressis verbis bagatellisiert oder gar verneint würde."

Martin Francke, Diplomlandwirt
Esslingen

"Da das Christentum eine Religion ist, die es mit Offenbarung zu tun hat, welche sich auf keine Partei oder Gruppierung in einem Volke festlegen lässt, ist es unmöglich, dass die CDU sich dieses "C-s" bedient. Der Anschein bleibt nämlich bestehen, dass es derzeit folglich nur eine Partei gäbe, die christlich sei. Das mag für die CDU ein gutes Zugpferd im Wahlkampf sein, der es vielen Leuten unserer Tage scheinbar leicht macht, sich zu entscheiden. Wenn eine Partei das "C" für sich beansprucht, so sollte sie dabei auch konsequent sein. Dabei wäre zu beachten, dass Offenbarung die Forderung

in sich schließt, dem zu gehorchen, was da gesagt wird, Anspruch zur Entscheidung. Daß eine Partei als Ganzes dem nie Rechnung tragen kann und wird, hat die CDU in der Vergangenheit und Gegenwart bewiesen (und die Kirche im Kirchentag in Stuttgart ebenfalls!). Das ist auch im Grunde nicht zu verwirklichen, sondern bleibt meist dem einzelnen vorbehalten. Wenn dies die CDU nicht erkennt, so wird sie einfach mit der Zeit unglaubwürdig und verliert damit einen großen Teil ihrer verantwortungsvollen Wähler."

Wilhelm Hahn
Dagersheim

"Kurt Lauk hat sicher recht, wenn er sagt, daß sich die CDU aufs neue nach dem "C" fragen lassen muß. Das hat bei der Gründung der CDU gegolten, gilt heute noch und wird in Zukunft so sein. Aber nicht nur die Partei, sondern jeder einzelne Christ wird von seiner Umwelt am "C" gemessen. Aber so wie der einzelne Christ vom Christentum lebt, so wenig kann es sich die CDU leisten, ohne Selbstaufgabe das "C" fallenzulassen. Allein von der Sicht der Evangelischen Kirche her ist zu sagen: "Es gibt keine heiligen Dinge noch Räume, im Neuen Testament geschieht der Gottesdienst im Alltag." Zum Alltag gehört die Politik. Es gibt keinen Grund, der diesen Lebenszweig in die Absonderung zwänge. Menschen, die ihr Leben in christlicher Verantwortung und Vergebung führen wollen, können hier keine Ausnahme machen. Nach diesem Kirchentag mit der roten Fahne müßte die CDU das "C" in ihrem Namen aufnehmen, wenn sie es seit ihrer Gründung nicht schon getan hätte. Wer erlebt hat, wie der Beschluß zustande kam, die CDU aufzufordern, das "C" zu streichen (Versagen der Hallenleitung, weil nur noch bei 10%iger Besetzung der Halle nach der festgesetzten Tagungszeit diese Resolution durchgepeitscht wurde, ohne eine Gegenrede zuzulassen), der weiß, wie diktatorisch die "Demokratie" gehandhabt wurde!

Leider muß aber auch festgestellt werden, daß die Anhänger und Wähler der CDU sich nur zu einem kleineren Teil wegen des "C" zu dieser Partei bekennen. Die Mehrzahl der CDU-Wähler honoriert ihre erfolgreiche Politik oder weil sie mit den anderen Parteien noch weniger einverstanden ist. Mit dem Fallen des "C" aus der CDU und damit nicht nur dem Namen nach, verlieren viele Wähler ihre politische Heimat. Die Partei würde damit zu einer politischen Interessengemeinschaft herabsinken. Jeden Tag sich neu nach dem "C" fragen zu lassen und es nie aufgeben, das soll der Maßstab für das politische Handeln der CDU und jedes einzelnen sein."

Heinrich Maurer
Ebingen

"Zu dem Problemkreis des "C" im Namen der CDU hat ein Kirchentag wie in diesem Jahre keinesfalls zu entschließen und nicht zu beschließen.

Der Kirchentag hatte tausende und abertausende von Besuchern der jungen Generation und auch der älteren, die den Glauben längst über Bord geworfen haben und von denen vielleicht tausende noch nicht ein Bibelwort gelesen haben, also vollkommen in Unkenntnis und im jugendlichen Leichtsinn geredet haben und unsinnige Anträge in Unmengen gestellt haben. Wir wissen, daß auch in der CDU nicht nur Christen versammelt sind. Wir wissen, daß aus allen Parteien und Lagern Menschen hineingewachsen sind, die vom christlichen Standpunkt keine Mitgliedschaft haben und auch deshalb nicht CDU wählen. Wir wissen aber, daß die meisten Väter des Grundgesetzes immerhin die Gottesfurcht als der Weisheit Anfang erkannt haben. Nicht Wissen ist nur Macht, sondern Respekt vor dem heiligen Gott. Wenn unser Volk das noch besäße, dann könnten wir viele Gefängnisse und Gerichte abbauen und Millionen sparen. Wenn man das "C" aus der Partei streichen würde, und die Anhänger der "C"-Feindschaft die Überhand in der CDU erhalten würden, dann müßte auch ich andere Maßstäbe setzen. Also sorgen wir dafür, daß das bleibt und daß immerhin noch eine große Zahl von Anhängern der CDU das "C" verteidigen."

Fritz Brüggemann
Oberbremscheid

EVANGELISCHE ABGEORDNETE DER CDU/CSU IM 6. DEUTSCHEN BUNDESTAG

Von den insgesamt 242 Abgeordneten der CDU/CSU Bundestagsfraktion sind 92 evangelischen Bekenntnisses. Nachstehend eine alphabetische Übersicht der evangelischen CDU/CSU Abgeordneten:

Odal von Alten-Nordheim
Dr. Helmut Artzinger
Ernst Benda
Karl Beyerunge
Dr. Philipp von Bismarck
Otto Bittelmann
Erik Blumenfeld
Helmut von Bockelberg
Dr. Günter Böhme
Rolf Bremer
Alfred Burgemeister

Dr. Werner Dollinger
Felix von Eckhardt
Georg Ehnes
Matthias Engelsberger
Prof. Dr. Ludwig Erhard
Dr. Hans Evers
Dr. Heinz Eyrich
Otto von Fircks
Dr. Friedrich Freiwald
Dr. Göke Frerichs
Ingeborg Geisendörfer

Heinrich Gewandt
Dr. Udo Giuliani
Hermann Glüsing
Dr. Georg Gölter
Annemarie Griesinger
Dr. Herbert Gruhl
Lothar Haase
Prof. Dr. Walter Hallstein
Kurt Härzschel
Kai-Uwe von Hassel
Martin Horstmeier
Dr. H. Hubrig
Dr. Hans-Edgar Jahn
Dr. Gerhard Jungmann
Margot Kalinke
Walther L. Kiep
Marie-Elisabeth Klee
Dr. Gisbert Kley
Hans-Jürgen Klinker
Dr. Konrad Kraske
Dr. Reinhold Kreile
Egon Lampersbach
Ernst Lemmer
Karl-Heinz Lemmrich
Christian Lenzer
Dr. Manfred Luda
Dr. Berthold Martin
Dr. Ernst Müller-Hermann
Heinz Mursch
Dr. Günter von Nordenskjöld
Peter Petersen
Dr. Wolfgang Pohle
Eberhard Pohlmann
Dr. Helmut Prassler
Dr. Ludwig Preiß

Will Rasner
Dr. Carl Reinhard
Dietrich Rollmann
Hans Roser
B. Prinz zu Sayn-Wittgenstein-H.
Georg Albert Schlee
Dr. Klaus Schmid-Burgk
Dr. Otto Schmidt
Herbert Schneider
Dr. Kurt Schober
Diedrich Schröder
Dr. Gerhard Schröder
Heinrich Schröder
Christa Schroeder
Georg Schulhoff
Dieter Schulte
Dr. Max Schulze-Vorberg
Karl-Heinz Spilker
Hans Gerd Springorum
Prof. Gustav Stein
Dr. Gerhard Stoltenberg
Friedrich Karl Storm
Detlef Struve
Peter Tobaben
Irma Tübler
Friedrich Vogel
Dr. Hanna Walz
Dr. Jürgen Warnke
Dr. Richard von Weizsäcker
Hans Wissebach
Jürgen Wohlrabe
Dr. Manfred Wörner
Dr. Erika Wolf
Olaf Baron von Wrangel
Dr. Otto Wulff

Das Ergebnis der Bundestagswahl (mit Vergleichszahlen)

Parteien	Wahl am 28. September 1969 ¹⁾			Wahl am 19. September 1965 ²⁾			Wahl am 17. September 1961 ³⁾		
	Zweitstimmen	Prozent	Mandate (davon direkt)	Zweitstimmen	Prozent	Mandate (davon direkt)	Zweitstimmen	Prozent	Mandate (davon direkt)
CDU/CSU	15 203 457	46,1	242 (121)	15 524 068	47,6	245 (154)	14 298 372	45,3	242 (156)
SPD	14 074 455	42,7	224 (127)	12 813 186	39,3	202 (94)	11 427 355	36,2	190 (91)
FDP	1 904 387	5,8	30	3 096 739	9,5	49	4 028 766	12,8	67
NPD	1 422 106	4,3	—	664 193	2,0	—	—	—	—
ADF	197 570	0,6	—	434 182 ⁴⁾	1,3	—	609 918 ⁴⁾	1,9	—
Sonstige	182 472	0,5	—	88 074	0,3	—	1 186 490	3,8	—
Wahlberechtigte	38 658 363			38 510 395			37 440 715		
Abgegebene Stimmen	33 548 458	(86,8 %)		33 416 207	(86,8 %)		32 849 624	(87,8 %)	
Gültige Stimmen	32 984 427			32 620 442			31 550 901		

¹⁾ Dazu 22 Berliner Abgeordnete ohne Stimmrecht: 8 CDU; 13 SPD; 1 FDP. — ²⁾ Dazu 22 Berliner Abgeordnete: 6 CDU; 15 SPD; 1 FDP. — ³⁾ Dazu 22 Berliner Abgeordnete: 7 CDU; 12 SPD; 3 FDP. — ⁴⁾ 1961 und 1965: DFU.

So wählten die Länder

Schleswig-Holstein	Bundestagswahl 28. Sept. 1969	Bundestagswahl 19. Sept. 1965	Landtagswahl 23. April 1967
Wahlberechtigt	1 727 854 %	1 687 266 %	1 682 328 %
Abgeg. Stimmen	1 491 674 86,3	1 448 994 85,9	1 246 003 74,1
Gültige Stimmen	1 473 102	1 416 742	1 233 108
CDU	679 293 46,1	682 626 48,2	566 950 46,0
SPD	642 446 43,6	549 901 38,8	486 274 39,4
FDP	76 972 5,2	132 761 9,4	72 589 5,9
NPD	63 496 4,3	34 064 2,4	72 093 5,8
ADF	6 500 0,4	—	—

Hamburg	Bundestagswahl 28. Sept. 1969	Bundestagswahl 19. Sept. 1965	Bürgerschaftsw. 27. März 1966
Wahlberechtigt	1 340 732 %	1 392 994 %	1 375 491 %
Abgeg. Stimmen	1 174 977 87,6	1 202 934 86,4	959 816 69,8
Gültige Stimmen	1 166 792	1 187 079	947 802
SPD	637 038 54,6	572 859 48,3	558 754 59,0
CDU	397 242 34,0	446 133 37,6	284 501 30,0
FDP	73 205 6,3	112 047 9,4	64 837 6,8
NPD	40 815 3,5	20 938 1,8	36 654 3,9
ADF	13 653 1,2	—	—

Niedersachsen	Bundestagswahl 28. Sept. 1969	Bundestagswahl 19. Sept. 1965	Landtagswahl 4. Juni 1967
Wahlberechtigt	4 749 631 %	4 748 325 %	4 760 327 %
Abgeg. Stimmen	4 172 167 87,8	4 145 849 87,3	3 441 068 72,3
Gültige Stimmen	4 112 168	4 052 741	3 404 829
CDU	1 857 970 45,2	1 855 124 45,8	1 411 049 41,4
SPD	1 799 894 43,8	1 614 540 39,8	1 476 660 43,4
FDP	230 630 5,6	440 860 10,9	230 810 6,8
NPD	188 634 4,6	102 470 2,5	241 270 7,1
ADF	17 202 0,4	—	—

Bremen	Bundestagswahl 28. Sept. 1969	Bundestagswahl 19. Sept. 1965	Bürgerschaftsw. 1. Oktober 1967
Wahlberechtigt	523 917 %	525 730 %	533 674 %
Abgeg. Stimmen	452 295 86,3	452 799 86,1	411 120 77,0
Gültige Stimmen	447 206	444 217	405 901
SPD	232 672 52,0	215 487 48,5	186 795 46,0
CDU	144 401 32,3	150 889 34,0	119 647 29,5
FDP	41 536 9,3	51 894 11,7	42 731 10,5
NPD	19 709 4,4	12 118 2,7	35 894 8,8
ADF	6 535 1,5	—	—

Nordrhein-Westfalen	Bundestagswahl 28. Sept. 1969	Bundestagswahl 19. Sept. 1965	Landtagswahl 10. Juli 1966
Wahlberechtigt	11 237 405 %	11 322 627 %	11 292 041 %
Abgeg. Stimmen	9 830 027 87,5	9 920 068 87,6	8 641 646 76,5
Gültige Stimmen	9 686 550	9 751 232	8 542 439
CDU	4 222 825 43,6	4 593 281 47,1	3 653 184 42,8
SPD	4 534 211 46,8	4 149 910 42,6	4 226 604 49,5
FDP	526 615 5,4	739 954 7,6	633 765 7,4
NPD	295 814 3,0	110 299 1,1	—
ADF	64 930 0,7	—	—

Hessen	Bundestagswahl 28. Sept. 1969	Bundestagswahl 19. Sept. 1965	Landtagswahl 6. Nov. 1968
Wahlberechtigt	3 573 493 %	3 516 041 %	3 543 079 %
Abgeg. Stimmen	3 148 981 88,1	3 073 037 87,4	2 868 446 81,0
Gültige Stimmen	3 094 606	2 988 452	2 827 633
SPD	1 491 124 48,2	1 336 010 45,7	1 442 230 51,0
CDU	1 189 333 38,4	1 130 871 37,8	745 409 26,4
FDP	208 123 6,7	359 419 12,0	293 994 10,4
NPD	158 678 5,1	74 081 2,5	224 674 7,9
ADF	22 121 0,7	—	—

Rheinland-Pfalz	Bundestagswahl 28. Sept. 1969	Bundestagswahl 19. Sept. 1965	Landtagswahl 23. April 1967
Wahlberechtigt	2 427 814 %	2 403 771 %	2 387 307 %
Abgeg. Stimmen	2 097 441 86,4	2 114 311 88,0	1 872 966 78,5
Gültige Stimmen	2 055 939	2 055 730	1 843 959
CDU	982 540 47,8	1 013 573 49,3	861 142 46,7
SPD	825 415 40,1	754 175 36,7	679 177 36,8
FDP	128 642 6,3	209 028 10,2	153 089 8,3
NPD	107 658 5,2	51 237 2,5	127 680 6,9
ADF	11 684 0,6	—	—

Baden-Württemberg	Bundestagswahl 28. Sept. 1969	Bundestagswahl 19. Sept. 1965	Landtagswahl 28. April 1968
Wahlberechtigt	5 515 249 %	5 425 126 %	5 612 242 %
Abgeg. Stimmen	4 691 207 85,1	4 598 715 84,8	3 970 542 70,7
Gültige Stimmen	4 585 096	4 452 227	3 884 647
CDU	2 322 495 50,7	2 219 808 49,9	1 718 261 44,2
SPD	1 675 944 36,6	1 470 040 33,0	1 124 696 29,0
FDP	343 336 7,5	582 913 13,1	560 145 14,4
NPD	207 834 4,5	97 787 2,2	381 569 9,8
ADF	21 944 0,5	—	—

Bayern	Bundestagswahl 28. Sept. 1969	Bundestagswahl 19. Sept. 1965	Landtagswahl 20. Nov. 1966
Wahlberechtigt	6 829 279 %	6 752 276 %	6 717 225 %
Abgeg. Stimmen	5 833 526 85,4	5 803 004 85,9	5 416 375 80,6
Gültige Stimmen	5 725 895	5 641 491	5 270 340
CSU	3 113 430 54,4	3 136 506 55,6	2 537 171 48,1
SPD	1 981 234 34,6	1 869 467 33,1	1 884 486 35,8
FDP	232 875 4,1	413 744 7,3	269 585 5,1
NPD	303 333 5,3	149 975 2,7	390 907 7,4
ADF	25 388 0,4	—	—

Saarland	Bundestagswahl 28. Sept. 1969	Bundestagswahl 19. Sept. 1965	Landtagswahl 27. Juni 1965
Wahlberechtigt	727 914 %	736 239 %	746 532 %
Abgeg. Stimmen	653 906 89,7	656 496 89,2	610 836 81,8
Gültige Stimmen	634 842	630 531	594 956
CDU	293 020 46,2	295 257 46,8	254 143 42,7
SPD	253 401 39,9	250 797 39,8	241 954 40,7
FDP	42 303 6,7	54 119 8,6	49 524 8,3
NPD	36 083 5,7	11 224 1,8	—
ADF	7 591 1,2	—	—

KURZ NOTIERT:

BISCHOF SCHARF ÜBER DIE "POLITISCHE DIAKONIE"

Eine Kirche, die nicht zugleich einen politischen Auftrag wahrnimmt, ist nach Ansicht von Bischof D. Kurt Scharf (Berlin) keine christliche Kirche, sondern vielmehr "eine introvertierte Sekte, die sich lediglich um ihre eigenen Anhänger kümmert, aber die Gesamtverantwortung, die Jesus seiner Gemeinde aufgetragen hat, versäumt."

In einem Vortrag anlässlich des 50jährigen Bestehens der Lukaskirche in Berlin-Steglitz sagte Scharf, politische Diakonie, die häufig als "klerikale Arroganz oder Besserwisserei" mißverstanden werde, sei ein demütiger Dienst, ein Angebot, das die Kirche als der "gegenwärtig größte übergreifende Dienstleistungsbetrieb" den politisch Verantwortlichen mache. Aufgrund ihres "prophetischen Amtes" habe die Kirche "mitberatend und mitplanend" den Politikern zur Seite zu stehen, um "das sachliche Urteil, das sie sich erarbeitet hat, am Evangelium zu prüfen und dann den Politikern mitzuteilen." Sie könne dabei nicht den Anspruch erheben, unfehlbare Entscheidungen zu treffen. Von grundlegender Bedeutung sei vielmehr, daß die Kirche sich nicht parteipolitisch einspannen lasse, sondern den "dritten Ort" suche, um von ihm aus zu Frieden und Versöhnung zwischen den Parteien und den Nationen zu kommen.

DEMOKRATIE IN DER KIRCHE IST MÖGLICH

Demokratie in der Kirche sei möglich, wenn die Begriffe Durchsichtigkeit, Mitverantwortung und Sauberkeit in ihren Leitungsfunktionen nicht im Namen der Brüderlichkeit "verwaschen" werden. Diese Auffassung vertrat der Münchener Kirchenrechtler Professor Dr. Axel von Campenhausen, Mitglied des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, auf einer Tagung der oldenburgischen Landessynode, die unter dem Thema "Demokratie in der Kirche" stand. Campenhausen kritisierte vor allem das kirchliche Wahlrecht. Er betonte, man dürfe nicht von den Kirchenmitgliedern Steuern einnehmen, sie aber bei der Wahl ausschließen. Nach 1945 hätten bei der Abfassung von Kirchenverfassungen und -ordnungen antidemokratische Tendenzen Pate gestanden. Dies bedeute jedoch nicht, daß man heute von utopisch-demokratischen Prinzipien ausgehen sollte, wenn die Kirchenstruktur überprüft werde; denn Reformen müßten behutsam angegangen werden.

Wolfgang Baader, (aktiver Mitarbeiter des Evangelischen Arbeitskreises auf Bundesebene sowie in Schleswig-Holstein), Direktor des Evangelischen Presseverbandes Nord in Kiel, ist zum neuen Vorsitzenden des Vereins der Zeitschriftenverleger in Hamburg und Schleswig-Holstein gewählt worden. Baader wird damit auch Vorstandsmitglied des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger, dessen Rechtsausschuß er bisher schon angehörte.

85 PROZENT DER FAMILIEN WÄHLTEN ALS "GESCHLOSSENE EINHEIT"

Von den derzeit 38 Millionen wahlberechtigten Bundesbürgern, davon 21 Millionen Frauen, haben bei den Bundestagswahlen am 28. September etwa 85 Prozent aller Familien als "geschlossene Einheit" gemeinsam einer bestimmten Partei ihre Stimme gegeben.

MONITOR-SENDUNG

Interview Dr. Gerhard Schröder

Schröder zeigte sich der Stunde gewachsen, sprach fair, gelassen und ohne falschen Ton von der neuen parlamentarischen Rolle seiner Partei und seiner Person. Kritik an der Parteiführung der CDU war zwischen den Zeilen zu hören - etwa was die Errichtung einer "Gegenregierung" angeht, die Schröder ablehnt. Zwischen den Zeilen war auch zu hören, daß MdB Schröder es in Zukunft mit den jüngeren, reformerischen Kräften in seiner Partei halten werde. Schröder machte gute TV-Figur; zu hoffen ist, daß der faire, sachorientierte Diskussionsstil - jenseits aller politischen Meinungsverschiedenheiten - zum parlamentarischen Stil der Opposition wird. Denn daran ließ Schröder keinen Zweifel: Er selbst sieht in der Opposition nicht Minderwertigkeit, sondern eine demokratisch und parlamentarisch würdige Aufgabe. (aus "Die Welt" vom 22. 10. 69)

DER "PLATZ" DER KIRCHE IN DER SOZIALISTISCHEN GESELLSCHAFT

Kirchen und Christen haben einen "Platz" in der sozialistischen Gesellschaft der DDR, das wird in offiziellen Äußerungen immer unterstrichen. Einen angemessenen Platz im statistischen Jahrbuch der DDR haben sie allerdings nicht. Das umfangreiche Zahlenwerk, dessen neueste Ausgabe jüngst erschienen ist, enthält keine direkte Information über Religionszugehörigkeit, Religionsgemeinschaften und in ihnen tätige Kräfte. Allenfalls läßt sich aus der Angabe, daß 1968 von den mehr als 7,7 Millionen Berufstätigen fast 48.000 in "privaten Körperschaften des öffentlichen Rechts" arbeiteten, schließen, daß die Kirchen und ihre Organisationen und Einrichtungen auch als Arbeitgeber noch eine Rolle spielen, überwiegend natürlich im "nichtproduzierenden Bereich".

Redaktionsgemeinschaft: Eberhard Amelung, Peter Egen, Eberhard Stamm
Verantwortlich für den Inhalt: Peter Egen
Anschrift: Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
53 Bonn/Rh., Am Hof 28, Ruf: 02221-57001

Abdruck kostenlos gestattet - Belegexemplare erbeten